

Donnerstag, 29. April 2010

Seite 12 DIE WELT B

Durchsuchung bei der Deutschen Bank

Großrazzia trifft zahlreiche Unternehmen – Verdacht auf Steuerhinterziehung beim Emissionshandel

FRANKFURT/MAIN – Bei einer bundesweiten Razzia haben rund 1000 Steuerfahnder und Bundeskriminalbeamte am Mittwoch mehr als 230 Objekte durchsucht – darunter auch die Deutsche Bank in Frankfurt und die Handelsgesellschaft RWE Supply & Trading in Essen, wie Sprecher der Häuser bestätigten. Es geht um den Verdacht auf Steuerhinterziehung: Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt sollen etwa 50 Gesellschaften und Unternehmen beim Handel von Emissionsrechten am Treibhausgas Umsatzsteuern am Fiskus vorbeigeschleust haben.

Die Ermittlungen richten sich gegen rund 150 Beschuldigte, die „entweder als Täter, Gehilfen oder Anstifter“ dieser Geschäfte infrage kommen, sagte ein Sprecher der WELT. Der Schaden soll mindestens 180 Mio. Euro betragen. Die Commerzbank hat einem Sprecher zufolge keine Kenntnis über entsprechende Ermittlungen gegen ihr Haus, auch die Postbank ist nach eigener Aussage nicht betroffen. Die HypoVereinsbank räumte Ermittlungen der Staatsanwaltschaft München ein, die sich aber lediglich gegen einzelne Kunden richteten.

Der Handel mit sogenannten Emissionszertifikaten wurde in der EU 2005 eingeführt, um Schadstoffausstöße zu begrenzen. Mit den Zertifikaten, für deren Austeilung in Deutschland die Emissionshandelsstelle des Umweltbundesamtes zuständig ist, können Unternehmen das Recht erwerben, eine bestimmte Menge von Kohlenstoffdioxid auszustoßen. Nach den bisherigen Ermittlungen sollen die Beschuldigten hierbei ein sogenanntes Umsatzsteuerkarussell gebildet haben, bei dem sie von unterschiedlichen Umsatzsteuerregelungen in den EU-Mitgliedsstaaten profitierten. Dabei bezogen sie über deutsche Gesellschaften Emissionsrechte aus dem Ausland und verkauften diese im Inland

über zwischengeschaltete Gesellschaften weiter. Ihren Kunden stellten sie die Umsatzsteuer in Rechnung, entrichteten sie aber nicht an ihre Steuerbehörden. Die jeweils letzte Gesellschaft in der Kette soll die Zertifikate wieder ins Ausland verkauft haben. Dafür bekam sie die Umsatzsteuer vom Finanzamt erstattet, wodurch der jeweiligen nationalen Steuerbehörde Verluste entstanden. Den EU-Mitgliedstaaten sind durch diese kriminelle Praxis nach Angaben der EU-Polizeibehörde Europol von Mitte 2008 bis Ende 2009 Umsatzsteuereinnahmen in Höhe von rund fünf Mrd. Euro entgangen. Doch diese Art von Steuerhinterziehung ist

nicht nur im Emissionshandel bekannt. „Das Problem gibt es bei allen mehrwertsteuerpflichtigen Produkten, die grenzüberschreitend verkauft werden“, sagt Hans-Jürgen Nantke, Leiter der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt. Die Behörde führt ein Register über die Übertragungen von Emissionsrechten und hat Nantke zufolge im Zuge der aktuellen Ermittlungen weniger als 30 Konten von Beschuldigten gesperrt. Die Bayerische Börse schloss zwei namentlich nicht genannte Unternehmen aufgrund von „Verdachtsmomenten“ vom Emissionshandel mit Kohlendioxid-Zertifikaten aus.

Noch unklar ist, welche Rolle die durchsuchten Unternehmen im Einzelnen in diesen Geschäften spielten. RWE Supply & Trading betonte, man sei nicht unter den Beschuldigten. Vielmehr richte sich das Interesse der Steuerfahnder auf ein Handelsunternehmen, mit dem die RWE-Tochter 2009 Geschäfte gemacht hatte. Zum damaligen Zeitpunkt seien dem Konzern keine Umstände bekannt gewesen, die gegen eine Handelspartnerschaft gesprochen hätten, hieß es.

Die Deutsche Bank äußerte sich gestern nicht zum Inhalt der Ermittlungen. Sie dementierte allerdings Radioberichte, wonach drei Mitarbeiter festgenommen worden

seien. Grundsätzlich könnten durchaus auch seriöse Unternehmen mangels besseren Wissens als Zwischenglieder in diese komplexen Kreislaufgeschäfte geraten sein, hieß es in Finanzkreisen. „Einige Teilnehmer waren wohl recht neu in diesem Markt und haben das Ganze nicht durchblickt“, sagt Jürgen Hacker, Vorsitzender des Bundesverbandes Emissionshandel und Klimaschutz (bvek). Allerdings habe sich vermutlich auch eine Reihe von Händlern und Unternehmen darauf eingelassen, weil die dubiosen Anbieter die Zertifikate häufig unter Börsenwert anboten: „Es hätte auffallen müssen, dass da etwas faul ist.“

sza/dat